

Antrag auf Übernahme der Kosten der Bestattung nach § 74 SGB XII

Hinweis: Bei der beantragten Leistung handelt es sich nicht um eine Leistung für die verstorbene Person, sondern für die antragstellende Person. Ein möglicher Anspruch ist daher insbesondere von den wirtschaftlichen Verhältnissen der antragstellenden Person abhängig, wobei der Nachlass („das Erbe“) immer unabhängig hiervon für die Finanzierung der Bestattung eingesetzt werden muss.

1.2 Persönliche Angaben zum/zur Antragsteller/-in

	Antragsteller	Ehegatte/Lebensgefährte (-in) /Lebenspartner
Familiennamen		
Vorname		
Geburtsdatum		
Geburtsort		
Staatsangehörigkeit		
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> verwitwet	
Adresse		
Telefonnummer		
E-Mail-Adresse		
Verwandtschaftsverhältnis zum Verstorbenen		

1.1 Folgende Personen leben mit mir/uns in Haushaltsgemeinschaft (z. B. Kinder, Eltern, Sonstige)

Person	1	2	3
Familiennamen			
Vorname			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit			
Verwandtschaftsverhältnis zum Verstorbenen			
Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller/-in			

2. Angaben zu den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen des Antragstellers / der Antragstellerin

2.1 Einkommen §§ 82 ff SGB XII

mtl. Nettoeinkommen	Antragsteller	Ehegatte/ Lebensgefährte (-in)/ Lebenspartner (-in)	Person 1	Person 2	Person 3
Nichtselbständige Tätigkeit	€	€	€	€	€
Selbständige Tätigkeit	€	€	€	€	€
Kapitalerträge (Zinsen)	€	€	€	€	€
Vermietung/Verpachtung/Unter- miete	€	€	€	€	€
Altersrente/Pension	€	€	€	€	€
Betriebsrente	€	€	€	€	€
Erwerbsunfähigkeitsrente	€	€	€	€	€
Witwen-/Witwerrente	€	€	€	€	€
Unfallrente	€	€	€	€	€
Sonstige Rente	€	€	€	€	€
Arbeitslosengeld	€	€	€	€	€
Kindergeld	€	€	€	€	€
Kindesunterhalt	€	€	€	€	€
Unterhaltsvorschuss	€	€	€	€	€
Krankengeld	€	€	€	€	€
Elterngeld	€	€	€	€	€
Wohngeld	€	€	€	€	€
Versorgungsleistungen (BVG)	€	€	€	€	€
Sonst. Einkommen	€	€	€	€	€

2.2 Vom Einkommen abzusetzende Beträge

bitte entsprechende Belege wie Kopie Versicherungsvertrag, Kreditvertrag etc. beifügen!!

Art des Absetzungsbetrages (monatlich)	Antragsteller/- in	Ehegatte/ Lebensgefährte (-in)/ Lebenspartner (-in)	Person 1	Person 2	Person 3
Fahrtkosten zur Arbeitsstätte mit	<input type="checkbox"/> PKW <input type="checkbox"/> ÖPNV	<input type="checkbox"/> PKW <input type="checkbox"/> ÖPNV	<input type="checkbox"/> PKW <input type="checkbox"/> ÖPNV	<input type="checkbox"/> PKW <input type="checkbox"/> ÖPNV	<input type="checkbox"/> PKW <input type="checkbox"/> ÖPNV
Entfernung Wohnung-Ar- beitsstätte in km					
Preis für Fahrkarte					
Beitrag zu Berufsver- band/Gewerkschaft					
Hausratversicherung					
Haftpflichtversicherung					
Altersvorsorgebeitrag					
Sterbegeldversicherung					
Sonstige Versicherung					
Kreditraten					
Kindergartenbeitrag					

3. Kosten der Unterkunft des Antragstellers / der Antragstellerin

Ich bin/ Wir sind

Mieter (Mietvertrag und letzte Nebenkostenabrechnung bitte in Kopie beifügen
monatliche Kaltmiete: _____ €

Bewohner von Haus-/Wohneigentum (bitte Nachweise über monatliche Belastungen beifügen
zu folgenden Posten:

Zinsen (bei Finanzierung)	€
Grundsteuer	€
Gebäudebrandversicherung	€
Schornsteinfeger	€
Müllabfuhr	€
Wasser/Abwasser	€

4. Sonstige Belastungen (bitte Nachweise beifügen) des Antragstellers / der Antragstellerin

Art und Grund der Belastung	Monatlicher Betrag in Euro
	€
	€
	€
	€

5. Vermögen des Antragstellers / der Antragstellerin

bitte entsprechende Belege wie z. B. Kontoauszüge/Sparbuchauszüge, Kfz.-Schein beifügen!!

Art des Vermögens	Antragsteller/-in	Ehegatte/ Lebensgefährte (-in)/ Lebenspartner (-in)	Person 1	Person 2	Person 3
Bargeld					
Guthaben auf Girokonten Kontonummer Kreditinstitut					
Guthaben auf Sparbüchern					
Wertpapiere (Aktien, Fonds,...)					
Lebensversicherung Rückkaufswert					
Bausparguthaben Vertragsnummer Bausparkasse					
Kautions (Miete), Genossenschaftsanteile					
PKW Typ/Modell Erstzulassung aktueller Kilometerstand					
Grundstücke					
Wohnungseigentum/Hauseigentum					
Sonstiges Vermögen					

6. Verstorbener

Familienname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Sterbedatum	
Sterbeort	
Letzte Anschrift	
Staatsangehörigkeit	

Gem. § 74 Sozialgesetzbuch Zwölf (SGB XII) übernimmt das Sozialamt die Kosten für eine angemessene Bestattung, soweit den hierzu Verpflichteten nicht zuzumuten ist, die Kosten selbst zu tragen.

Gem. § 1968 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) trägt der Erbe die Kosten für die Bestattung des Erblassers, gegebenenfalls auch der Unterhaltspflichtige (§ 1615 Abs. 2 BGB)

Nach dem Bestattungsgesetz für Baden-Württemberg sind zur Bestattung in folgender Reihenfolge verpflichtet:

1. der Ehegatte/-in
2. die volljährigen Kinder
3. die Eltern
4. die Großeltern
5. die volljährigen Geschwister
6. die volljährigen Enkelkinder

6.1 Folgende Personen kommen neben mir, soweit mir bekannt, als Erben bzw. als weitere Bestattungspflichtige in Betracht

Name	Vorname	Adresse	Verwandtschaftsverhältnis zum Verstorbenen

Weitere Verpflichtete bitte auf separatem Blatt aufführen.

Grundlage

- Testament oder Erbvertrag
 Vermächtnis
 gesetzliche Erbfolge

Entsprechende Verträge in Kopie beifügen!

- Ich bin Erbe der verstorbenen Person ja nein
 Ich habe das Erbe ausgeschlagen ja nein

6.2 Folgender Nachlass des Verstorbenen ist vorhanden

(Bitte Nachweise beifügen, z. B. letzte Kontoauszüge, Auszug Taschengeldkonto des Heims, Sparbücher, Lebensversicherung, Bausparverträge etc...)

Art des Vermögens/Nachlasses	Betrag
Bargeld	€
Bankguthaben auf dem Girokonto, Taschengeldkonto Heim	€
Sparguthaben (Sparbuch, Bausparverträge etc.)	€
Genossenschaftsanteile Kreisbaugenossenschaft Menge und Wert der Anteile:	
Haus-/Wohnungseigentum/bebaute und unbebaute Grundstücke (auch im Ausland)	€
Leistungen aus Lebens- und Sterbegeldversicherungen (hier bitte unbedingt Begünstigten und Versicherungsnummer angeben!)	€
Kfz. amtl. Kennzeichen: _____ geschätzter Verkehrswert	€
Kunstgegenstände (Schmuck, Uhren, Bilder, Skulpturen) geschätzter Wert:	€
Hausratsgegenstände geschätzter Wert:	€
Gegenstände des täglichen Gebrauchs (z. B. Kleidungsstücke, Sportgeräte, Instrumente, Fahrräder, Bücher usw.) geschätzter Wert:	€
Sonstige bewegliche Gegenstände geschätzter Wert:	€

Ansprüche des Verstorbenen gegen andere Personen oder Dritte (auch aus Erbschaft, Schadensersatz, Sterbegeld, Leihe, vertrag, Titel, Rückzahlung der Mietkaution), sonstige Forderungen

Art des Anspruchs	Schuldner	Anschrift des Schuldners	Höhe der Forderung am Todestag
			€
			€

Wurden vom Verstorbenen innerhalb der letzten 10 Jahre Vermögensgegenstände (auch Barmittel) übertragen oder verschenkt?

Art der Übertragung	Empfänger	Datum	Höhe in €

Informationsblatt nach der EU-Datenschutzgrundverordnung

Mit dem Sozialhilfeantrag erheben wir personenbezogene Daten, die Sie betreffen. Daher möchten wir Sie über einige Punkte informieren.

Die Daten werden durch das Landratsamt Esslingen – Kreissozialamt erhoben;

Anschrift: Pulverwiesen 11, 73728 Esslingen am Neckar
Telefon: 0711 3902-0; E-Mail: LRA@LRA-ES.de

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes unter denselben Kontaktdaten oder per E-Mail an datenschutz@lra-es.de

Ihre personenbezogenen Daten werden für folgende Zwecke erhoben und verarbeitet:

1. Entscheidung über den Sozialhilfeantrag, ggfs. Bewilligung von Leistungen
2. Gegebenenfalls Geltendmachung vorrangiger Ansprüche

Die Datenerhebung erfolgt auf der Grundlage von § 60 ff SGB I sowie § 67a und § 67b SGB X (Sozialgesetzbuch I. Buch bzw. X. Buch). Um Missbräuche zu vermeiden, werden Ihre Angaben teilweise mit Angaben, die Sie evtl. gegenüber anderen Stellen gemacht haben, automatisch verglichen (§ 118 SGB XII).

Ihre personenbezogenen Daten werden im Leistungsfall 6 Jahre über die Hilfestellung hinaus gespeichert.

Ihnen stehen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ihren Rechtsansprüchen benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Landratsamtes gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig ist, können Sie sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden: Königstraße 10 a, 70173 Stuttgart, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Tel.: 0711/615541-0, Fax: 0711/ 615541-15, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie sind verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Die Nichtbereitstellung hat zur Folge, dass Ihnen die beantragte Leistung versagt werden müsste (§§ 60/66 SGB I).

Das Informationsblatt über die Datenschutz-Grundverordnung habe ich erhalten: ja nein

Ich versichere ausdrücklich, die Angaben zum Nachlass vollständig und wahrheitsgemäß gemacht zu haben. Die Folgen falscher oder unvollständiger Angaben (Rückforderung der zu Unrecht erbrachten Sozialleistung und strafrechtliche Folgen) sind mir bekannt. Sollten sich später noch Änderungen ergeben, werde ich diese unaufgefordert dem Kreissozialamt mitteilen.

Ort, Datum

Unterschrift